

## Einmütig: Politische Stiftungen übergeben Bundesinnenminister Positionspapier zur Politischen Bildung

**Berlin.** Die Vorsitzenden der Politischen Stiftungen (Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit, Heinrich-Böll-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung) haben am 13. Juli 2011 dem für die politische Bildung verantwortlichen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich in Berlin ein Positionspapier zur Politischen Bildung überreicht.

Aufgrund ihrer besonderen Verantwortung, durch politische Bildung einen Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland zu leisten, haben sie in einer gemeinsamen Erklärung eine aktuelle Standortbestimmung zu Zielen, Aufgaben und Grundsätzen der Politischen Bildung vorgenommen.

Demokratie ist die einzig freiheitliche Staatsform, sie ist damit aber auch eine anspruchsvolle Staatsform. Aus diesem Grunde muss sie von jeder Generation neu erlernt und eingeübt werden. Der offensichtliche Vertrauensverlust in die Politik und ihre Institutionen geht einher mit einem abnehmenden Kenntnisstand vieler Menschen über die Funktionsweise eines demokratischen Systems. Beides gefährdet auf Dauer die notwendige Teilhabe und verantwortliche politische Mitgestaltung des Gemeinwesens durch die Bürgerinnen und

Bürger. Politische Beteiligung setzt also Politische Bildung voraus.

Politische Bildung muss nachhaltig angelegt sein. Aus einem historischen Bewusstsein heraus soll sie zur Zukunftsgestaltung motivieren und sich der aktuellen Themenfelder annehmen. Um gerade auch junge Menschen für Politik zu motivieren, nimmt sie die Entwicklungen in der digitalen Welt auf und modernisiert sich dabei stetig. Ziel der Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen ist es, den Bürgerinnen und Bürgern basierend auf den politischen Strömungen in Deutschland Werte und Orientierungsrahmen anzubieten, Grundlagenwissen über politische Themen, über Entscheidungsverläufe aber auch politisches Rüstzeug zu vermitteln und sie vor allem zur Übernahme von gesellschaftspolitischer Verantwortung zu befähigen und zu ermutigen.

Dabei gehen die Politischen Stiftungen von einem umfassenden Bildungsbegriff aus: Die berufliche Aus- und Weiterbildung und die politische Bildung sind seitens des Staates gleichermaßen zu fördern. Denn eine Demokratie braucht politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger!

Das Positionspapier „Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland“ finden Sie unter: [www.kas.de](http://www.kas.de), [www.fes.de](http://www.fes.de), [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org), [www.boell.de](http://www.boell.de), [www.hss.de](http://www.hss.de), [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de).

vO



V.l.n.r.: Heinz Vietze (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Ralf Fücks (Heinrich-Böll-Stiftung), Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), Hans-Gert Pöttering (Konrad-Adenauer-Stiftung), Peter Struck (Friedrich-Ebert-Stiftung), Hans Zehetmair (Hanns-Seidel-Stiftung) und Rolf Berndt (Friedrich-Naumann-Stiftung).

## Bundesausschuss für Politische Bildung (bap) startet Unterschriftenkampagne für mehr Fördermittel im Bundeshaushalt 2012

**Bonn.** Der Bundesvorsitzende des bap, Lothar Herles, hat am 7. Juni zu einer Unterschriftenaktion aufgerufen: „Angesichts der zu erwartenden Mittelkürzungen für die politische Bildung im Bundeshaushalt 2012 für die Politische Bildung hat der Bundesausschuss eine Unterschriften-Kampagne gestartet. Politische Bildung leistet einen wichtigen Beitrag für das Gelingen von lebendiger Demokratie.“

Die Träger politischer Bildung wenden sich deshalb mit dieser Unterschriftenaktion an die Mitglieder der Bundesregierung und an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, um auf die Leistungen dieser Bildungsarbeit aufmerksam zu machen und die öffentliche Verantwortung für deren Unterstützung deutlich zu machen.

Der Haushaltstitel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wurde bereits im Jahr 2011 verringert, in den Jahren 2012ff sind weitere drastische Kürzungen in der Finanzplanung vorgesehen. Über 400 freie Einrichtungen erhalten zurzeit aus dem Haushalt der bpb substanzielle Fördermittel für ihre laufende Bildungsarbeit. Sie sind damit unmittelbar von den Kürzungsvorhaben betroffen. Dies steht im Widerspruch zur Absicht der Bundesregierung, den Bildungsbereich von allen Sparmaßnahmen auszunehmen. Dazu muss auch Bildung für politische Teilhabe gehören.

Im Einklang mit dem Kuratorium der bpb fordern die Träger der Politischen Bildung die Bundesregierung und den Bundestag auf, in ihren Haushaltsberatungen und der mittelfristigen Finanzplanung

- die vorgesehenen Kürzungen zurückzunehmen und
- eine Erhöhung der Mittel für die Bundeszentrale für Politische Bildung durchzusetzen.

Dies gilt auch für weitere Zuwendungsprogramme der politischen Bildung.

Demokratie braucht politische Bildung – politische Bildung braucht Geld!

Unterschriftenlisten können aus der Seite der Kampagne im Internet hochgeladen werden: <http://www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de/>.

Ausführlich beschäftigt sich die Wochenzeitschrift DIE ZEIT in ihrer Online-Ausgabe vom 26. August 2011 mit den Mittelkürzungen. Unter dem Titel „Politische Bildung in Gefahr“ schreibt Johannes Pennekamp: „Ausgerechnet mit der politischen Bildung bricht die Bundesregierung ihr Versprechen, den Bildungsbereich vor Einsparungen zu verschonen. Besonders deutlich zeigen das die Einschnitte bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die unter anderem freie Träger in ihrer Arbeit finanziell unterstützt. Das Bundesinnenministerium kürzte die Mittel für die bpb im laufenden Jahr um 1,55 Mio. Euro, weitere Kürzungen in Millionenhöhe sind bereits angekündigt. Die 400 geförderten Einrichtungen und Träger sollen bis 2014 mit 5,2 statt mit 6,8 Millionen Euro auskommen – ein Rückgang um knapp 24 Prozent. „Viele Träger geraten in existentielle Not, dem gesamten Netz der politischen Bildung droht eine Zerreißprobe“, fürchtet Daniela Kolbe (SPD), die stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Bundeszentrale, in dem Bundestagsabgeordnete aller Parteien vertreten sind. Das Innenministerium wiegelt ab. „Die knappen Mittel müssen nun mal nach den Prioritäten verteilt werden“, sagt ein Sprecher ZEIT ONLINE und macht deutlich, dass der Bereich der inneren Sicherheit Vorrang habe. SPD-Politikerin Kolbe hält diese Schwerpunktsetzung für falsch: „Die Feuerwehr baut man aus, aber den Brandschutz lockert man.“

vO

## Misswirtschaft bei der bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit

**München.** Trinkgelder in dreistelliger Höhe, überzogene Honorare und überhöhte Spesen: Tagespresse, Rundfunk und Fernsehen berichten Ende August in diesem Sommer von erheblichen Verfehlungen bei der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit in München. Der bisherige Direktor, Peter März, legt daraufhin auf eigenen Wunsch sein Amt nieder, der stellvertretende Direktor Werner Karg wird per Entscheidung seines Dienstherrn, des bayerischen Kultusministers Ludwig Spaenle (CSU), von sei-

nen Aufgaben entbunden; das Kultusministerium leitete sowohl ein dienstliches Disziplinarverfahren als auch ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen Direktor März ein. Die Juristin und Ministerialrätin Dr. Gerda Graf hat kommissarisch die Geschäftsführung der Landeszentrale übernommen.

Aufgedeckt hatte den schlampigen Umgang mit öffentlichen Geldern der Bayerische Oberste Rechnungshof bereits vor drei Jahren. Direktor März wurde die Verwaltungsleitung entzogen, doch er blieb im Amt. Gegen die inhaltlichen Verfehlungen wurde dagegen härter durchgegriffen. Die Landeszentrale mit ihren 20 Mitarbeitern muss seitdem jede Ausgabe, die 500 Euro überschreitet, mit dem Kultusministerium abstimmen. Zudem wurde gegen unsinnige Buchveröffentlichungen, teure Reisen, hohe Spesenabrechnungen, überzogene Autoren- und Referentenhonorare oder Trinkgelder vorgegangen. Der Bayerische Rundfunk kommentierte: „Mit einem Wort: Spezlwirtschaft“.

Der Bayerische Rechnungshof bezifferte 2008 den entstandenen Schaden auf 350.000 Euro; zum Vergleich: Die Landeszentrale verfügte im Jahre 2010 über einen Etat von insgesamt 1.700.000 Euro. Wie die Süddeutsche Zeitung am 24. August berichtete, hatten die Rechnungsprüfer unter anderem kritisiert, dass im Jahre 2004 die Landeszentrale 5280 Exemplare des Buches „Der Erste Weltkrieg“ zum Preis von 18.000 Euro angeschafft hatte; 2007 wurden weitere 1.200 Exemplare geordert – Autor des Werks: Direktor Peter März.

Und im Fazit des Berichts kamen die Rechnungsprüfer seinerzeit auch zu einem harschen Urteil, was die Erfüllung der Kontrollpflichten des Kultusministeriums betrifft: „Bei der Bayerischen Landeszentrale wurden fundamentale Grundsätze einer ordentlichen Verwaltung ignoriert. Eine Aufsicht über deren Verwaltungshandeln findet nicht statt.“

In der weiteren Diskussion des Skandals werden unter anderem folgende Fragen gestellt: Warum wurde der Beirat der Landeszentrale nicht über den Rechnungshofbericht informiert? Hat gleichwohl der Beirat, bestehend aus sieben Landtagsabgeordneten aller Fraktionen, seine Kontrollaufgaben vernachlässigt? Tragen nicht auch frühere Bayerische



Das Gebäude der Landeszentrale liegt bereits in Sichtweite des Bayerischen Landtags.

Kultusminister eine Mitverantwortung? Inzwischen fordert die Opposition im Landtag auch strukturelle Konsequenzen: Über eine umfassende inhaltliche Neustrukturierung und Modernisierung der Arbeit der Landeszentrale hinaus müsse auch über eine Verlagerung der Landeszentrale aus dem Geschäftsbereich des Kultusministers in den des Landtags nachgedacht werden! Auf jeden Fall ist die DVPB sehr daran interessiert, dass dieser Fall von bürokratisch-politischer Vetternwirtschaft so aufgearbeitet wird, dass kein Makel an der öffentlichen Förderung Politischer Bildung hängen bleibt.

vO

### Verabschiedung von Theo W. Länge als Bundesgeschäftsführer von ARBEIT UND LEBEN vor großem Publikum

**Wuppertal.** Mehr als 150 Gäste aus der Politik, Weiterbildung, Volkshochschulen, Gewerkschaften, von Kooperationspartnern und AL-Einrichtungen waren an einem Freitag im Frühjahr dieses Jahres der Einladung in die historische Stadthalle Wuppertal gefolgt, um das 20-jährige Wirken von Theo W. Länge als Bundesgeschäftsführer von ARBEIT UND LEBEN zu würdigen.

Für die Träger von ARBEIT UND LEBEN sprachen die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ingrid Sehrbrock, auch in ihrer Funktion als Präsidentin des Bundesarbeitskreises, und der Vorsitzende des

für die Eigenständigkeit der politischen Bildung hervorhob, wies Ingrid Sehrbrock besonders auf seine Anstöße für beständige Innovation in der Weiterbildung und der politischen Bildung hin.

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), und Hans-Peter Bergner, Referatsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), als die zentralen Kooperationspartner für die politische Erwachsenenbildung und die außerschulische politische Jugendbildung wiesen auf die vielfältigen Funktionen hin, die Theo W. Länge in seiner Berufsbiografie für die politische Bildung wahrgenommen und in denen er seine Ideen und Visionen voran getrieben hat. So habe er z. B. als Vorsitzender des Bundesausschuss politische Bildung (bap) den ‚Preis politische Bildung‘ initiiert und so dafür gesorgt, dass die Profession ihre öffentliche Wahrnehmung stärken konnte. In verschiedenen Gremien der aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderten politischen Bildung habe er erfolgreich für den Erhalt der Infrastrukturleistung dieses Programms gekämpft.

„Umstrittene Parteiendemokratie und neue Bürgerbeteiligung“ war das Thema des Hauptreferenten Prof. Dr. Franz Walter vom Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Nachdrücklich wandte er sich dagegen, dass die veröffentlichte Meinung gegenwärtig eher Entwarnung bezüglich Politik- und Parteienverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger gebe. Der Trend der Wahlenthaltung sei ungebrochen. Als

Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV), Ernst-Dieter Rossmann MdB, Theo W. Länge Dank und Anerkennung aus. Während Ernst-Dieter Rossmann die Verdienste von Theo W. Länge

Beispiel führte er an, dass hinter dem aktuellen Wahlsieg der SPD in Hamburg lediglich 24% aller Wahlberechtigten stehen würden. Der Abschmelzungsprozess der Kerne der bisherigen Volksparteien sei ungebrochen. Gleichzeitig stellte er kritische Anfragen an das gegenwärtig stark diskutierte Credo für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Die Zivilgesellschaft an sich sei weder gut noch schlecht, vielmehr müsse sie gestaltet werden – für ihn zweifelsohne weiterhin eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung.

Eine schöne Veranstaltung fand ihren Abschluss mit einem Film, in dem insbesondere alte Weggefährterinnen und Weggefährten von Theo W. Länge zu Wort kamen, und mit Speis und Trank in stimmungsvoller Atmosphäre.

Lothar Jansen

### Ministerin Sylvia Löhrmann empfängt Delegation des Landesverbandes NRW der DVPB

**Düsseldorf.** Am 15.7.2011 war es soweit: Ministerin Sylvia Löhrmann empfing eine Delegation der DVPB Nordrhein-Westfalen in ihren Diensträumen.

Es ging zuvorderst darum, sich gegenseitig kennen zu lernen. Die Delegation nutzte selbstverständlich die Gelegenheit, Arbeit und Ziele des Landesverbandes vorzustellen.

Im Laufe des Gesprächs wurden einige spezielle Probleme zum Thema gemacht, wie insbesondere das Problem ungenügender und noch dazu oftmals behinderter Fortbildungsmöglichkeiten. Weitere Themen waren die künftige Rolle der ökonomischen Bildung sowie das Problem des speziell in den Fächern Politik/Wirtschaft und Sozialwissenschaften besorgniserregend hohen Anteils an fachfremdem Unterricht.

Bei dieser Gelegenheit wurde u. a. auch die Sorge des Landesverbandes um die fachlich kompetente Nachbesetzung des für Politische Bildung im Ministerium zuständigen Referatsleiters besprochen. Das Gespräch verlief in überaus angenehmer und konstruktiver Atmosphäre!

H.K.